

Problem-Ständer der CDU

Anzeige gegen Münsteraner CDU-Kreisvorstand. Die christdemokratische Partei soll 30 Landtagswahl-Plakatwände auf Privatgrundstücken rechtswidrig bewirtschaftet haben



Mit derartigen visuellen Medien soll Münsters Christenunion Schindluder getrieben haben. Haftbar wäre der Kreisvorstand. Dessen Chef ist Ruprecht Polenz, Generalsekretär der „Neuen CDU im Westen“

Fotos: Rolf Emmerich/Archiv

von Marvin Oppong

Münster taz ■ Wilhelm Achelpöhler, Vorstandssprecher der münsterschen Grünen hat am Dienstag bei der Stadtverwaltung Anzeige gegen den CDU-Kreisvorstand eingereicht. Achelpöhler wirft der Partei vor, großformatige Wahlplakatständer auch nach der Landtagswahl genutzt zu haben, um Geld in die Parteikasse zu bringen. Dabei sei seiner Meinung nach gegen das Bauordnungsgesetz des Landes verstoßen worden, um wirtschaftliche Vorteile in Anspruch nehmen zu können.

Die CDU hatte nach der Landtagswahl im Mai 30 Plakatwände stehengelassen, um sie anschließend der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) zu überlassen. Einer schriftlichen Aufforderung des Bauordnungsamtes, die Plakatständer zum nächst-

möglichen Zeitpunkt zu entfernen, kam sie dabei nicht nach. Die DSM, die im Bereich der Außenwerbung für die Stadt Münster tätig ist, vermietete diese Wahltafeln im Anschluss zu Werbezwecken an die Citykom Münster GmbH.

„Solche Plakatträger bedürfen einer Baugenehmigung, die nur in Ausnahmefällen erteilt wird“, erklärt Anwalt Achelpöhler die Sachlage. Er fügt hinzu: „Besonders pikant wird die Angelegenheit dadurch, dass ausgerechnet die Citykom GmbH, Hauptanteilseigner ist die Stadt Münster, die Werbeflächen buchte und das ganze Geschäft von der Deutschen Städte Medien GmbH vermittelt wurde, ein Unternehmen, an dem die Stadt Münster gleichfalls beteiligt war.“

Die Citykom Münster GmbH, zu 74,9% im Besitz der Stadtwerke, hatte nach eigener Darstellung keinerlei Kenntnisse über ir-

gendgeartete rechtliche Verstöße in Zusammenhang mit der Plakatwandnutzung. Marketingleiterin Ute Knief sagte auf Nachfrage, sie habe überhaupt nicht gewusst, dass die von ihrem Unternehmen gemieteten Plakatständer der CDU gehörten.

Wilhelm Achelpöhlers Anzeige richtet sich nun gegen den bei juristischen Personen rechtlich haftenden Vorstand. Dessen Rolle bei dem fraglichen Vorgang ist derzeit noch unklar. Dem CDU-Kreisvorstand Münster sitzt bekanntlich der Generalsekretär der Bundes-Union, Ruprecht Polenz vor. Der hatte bei seiner Inthronisierung als Nachfolger Angela Merkels noch vor einigen Monaten einen völligen Neuanfang der Partei prophezeit.

Volker Prummenbaum, Geschäftsstellenleiter der DSM, bestätigte gegenüber der taz Münster, seine Firma habe als Gegenleistung für die anschließende

Nutzungsmöglichkeit während des Landtagswahlkampfes die Plakatierung der CDU-Plakate übernommen.

„Das Geld für die Werbung brachte demnach das Geld für die Plakataktion wieder rein“, spekuliert der Grüne Achelpöhler. Nach Auffassung seiner Partei soll dieser Verstoß mit einem Bußgeld geahndet werden, das mindestens den wirtschaftlichen Vorteil der CDU abschöpft. Die Citykom hatte für die Nutzung der Werbeflächen anscheinend einen fünfstelligen Betrag gezahlt.

Zu klären bleibt nun vor allem, ob die CDU neben möglichen Wettbewerbsvorteilen im Wahlkampf durch diesen Vorgang materielle Vorteile gehabt hat.

Eine Stellungnahme der Partei-Verantwortlichen – Christoph Brandts, damaliger Wahlkampfleiter und Ruprecht Polenz – war bis Redaktionsschluss nicht zu erhalten.